

// Landesvorsitzender //

GEW • LV Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München

Herr Dr.
Ulrich Maly
Oberbürgermeister
Stadt Nürnberg
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

München, 23. Mai 2017

Telefon: 089/54 40 81-17

Mobil: 0176/65 54 40 36

Fax: 089/5 38 94 87

Offener Brief: Schule als sicherer Ort für Geflüchtete

Sehr geehrter Herr Dr. Maly,

die Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW wendet sich aus sehr aktuellem Anlass an Sie.

Als Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen in Nürnberg unterrichten wir seit mehreren Jahren auch Geflüchtete. Nürnberg ist bei der Einführung einer speziellen Beschulung für diese jungen Menschen federführend und diente als Modellprojekt für ganz Bayern.

Unsere Schüler*innen kommen sehr gerne in die Schule. Sie wissen das Bildungs- und Integrationsangebot, das ihnen die Stadt Nürnberg macht, sehr zu schätzen. Grundlage für den Lernerfolg ist das gute Gefühl von Angekommensein, Angenommensein und damit verbunden von Sicherheit. Leider wird die Schule als sicherer Ort seit neuestem in einem nicht hinnehmbaren Maß in Frage gestellt.

In einem Schreiben des Amtes für Berufliche Schulen werden wir Lehrkräfte darauf hingewiesen, dass vermehrt Schulleitungen von der Polizei aufgefordert werden, bei Abschiebungen mitzuhelfen. Das Rechtsamt hat am 19.04.2017 sogar eine Verpflichtung der Schulleitung zur Mitwirkung festgestellt. Dies ist für uns Pädagog*innen ein Schlag ins Gesicht!

In dem Schreiben wird sehr richtig aufgeführt: „In jedem Einzelfall haben sich zahlreiche PädagogInnen und SchulpsychologInnen intensiv um das Wohlergehen Ihrer SchülerInnen bemüht.“ Im Fall einer Abschiebung aus der Schule stehen wir vor einem Szenario, das in der Belastung für alle Beteiligten einer Bedrohungslage gleicht. Die gesamte Klasse - und auch alle anderen Klassen, die durch Freund*innen erfahren, was passiert ist - ist extrem verunsichert. Da die Schule in der Folge nicht mehr als sicherer Ort wahrgenommen wird, nimmt die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs ab, die Lernmotivation schwindet, die Schüler*innen trauen sich auch oft nicht mehr nach Hause, es kommt zu Retraumatisierung und vieles mehr. Dies alles haben wir schon erlebt, wenn jemand aus der Klasse z.B. nachts aus seiner/ihrer Unterkunft abgeholt wurde. In der Schule konnten wir das bislang relativ gut auffangen, indem wir ein starkes Sicherheitsgefühl vermittelt haben. Wenn nun aber die Bezugsperson für die

Schüler*innen – die Lehrkraft – an der Abschiebung beteiligt ist, indem sie Auskunft über den Schüler / die Schülerin geben muss, wird das konterkariert.

Die zentrale Forderung der GEW mit allen beteiligten Pädagog*innen ist es, den Kinderrechten und dem international gültigen Menschenrecht auf Bildung (Artikel 13 des UN-Sozialpakts) einen höheren Stellenwert einzuräumen als den nationalen Asylgesetzen.

Wir fordern außerdem eine sichere Aufenthaltsperspektive für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum Abschluss des Bildungsganges oder der Ausbildung.

Und wir wünschen uns in aller Entschiedenheit, dass die Verantwortlichen für das Berufliche Schulwesen in Nürnberg nicht nur rechtliche Klärungen herbeiführen, sondern in aller Deutlichkeit diejenigen Lehrkräfte unterstützen, die das Ansinnen der Polizei nicht nur nicht unterstützen, sondern unter Umständen die Zusammenarbeit mit den Behörden aus Gewissensgründen verweigern. Es geht schließlich darum, ein höheres Gut zu schützen!

Gerade in Nürnberg als der Stadt der Menschenrechte sollte das doch einen sehr hohen Stellenwert haben und durchsetzbar sein.

Mit freundlichen Grüßen

Anton Salzbrunn
Landesvorsitzender GEW Bayern

Siegfried Kuhn
GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen Nürnberg